

N i e d e r s c h r i f t

**über die 65. (896.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Mittwoch, den 31. März 2021, 18.00 Uhr, im Haus der Insel, großer Saal
- unter verkürzter Ladefrist -**

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund
Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen
Ratsherr Sascha Bents
Ratsherr Robin Kuper
Ratsherr Ron Piekarski
Ratsherr Jochen Voß

Es fehlt entschuldigt:

Ratsherr Olaf Sommer
Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies
Ratsherr Kim Streitböcker
Ratsherr Sigurd Uecker

Bürgermeisterin Heike Horn
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Kämmerin Cornelia Baller
Protokollführerin Katja Heimes

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er teilt mit, dass sich die Ratsmitglieder der CDU-Fraktion für die heutige Sitzung entschuldigt haben.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass aufgrund der kurzfristigen Einladung keine Beschlüsse gefasst werden können. Diese müssten anschließend als Eilbeschlüsse erfolgen. Die Sitzung diene der Information der Bürger.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Keine.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 64. (895.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 25.03.2021

Die Niederschrift über die 64. (895.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 25.03.2021 liegt den Ratsmitgliedern noch nicht vor und wird zur Genehmigung auf die nächste Tagesordnung verschoben.

Zu Punkt 5: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Entfällt.

Zu Punkt 6: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Christopher Zörner

Herr Zörner verweist auf das Thema Öffnungsstrategie. Er habe gehört, dass Pendler nicht getestet werden und weist darauf hin, dass seiner Meinung nach alle auf die Insel kommenden getestet werden sollten.

Zu Punkt 7: Sachstandsbericht Öffnungsstrategie Tourismus

Bürgermeisterin Horn berichtet über die geplante Öffnungsstrategie der Ostfriesischen Inseln als Pilotregion zur touristischen Öffnung in Niedersachsen. Sie erklärt, warum die Inseln keine Modellregion, sondern Pilotregion sein wollen und erläutert den Unterschied. Eine Modellregion bedeute die Öffnung für lediglich drei Wochen. Es mache wenig Sinn den Tourismus zunächst nur auf drei Wochen zu begrenzen. Dies sei Gästen und Dienstleistern nicht zuzumuten. Eine Pilotregion müsse unabhängig von Lockdown und Inzidenzzahlen entwickelt werden. Grundsatz der sieben Inseln sei „nie wieder Lockdown“ und selbstverständlich ein Konzept mit der höchst möglichen Sicherheit. Bürgermeisterin Horn berichtet über Gespräche zwischen den Inselbürgermeistern, Touristikern und dem Orgateam. Auf Langeoog wurde eine Gruppe aus Dehoga, Einzelhandel, Gewerberat und Vermietern hinzugezogen. Bei sieben Inseln und einzelnen Reedereien müssten Kompromisse gefunden werden. Es müsse ein Konzept mit klaren Regeln aufgestellt werden. Man wolle möglichst im Mai als Pilotregion starten.

Es wird ein Auszug aus dem Entwurf des Konzeptes anhand einer Beamerpräsentation gezeigt. Bürgermeisterin Horn erläutert die Voraussetzungen für ein Pilotprojekt. Die Voraussetzungen müssten geschaffen werden. Die Sicherheit des Konzeptes gehe vor Schnelligkeit. Das Konzept werde auf wissenschaftlicher Ebene begleitet. Die Reedereien seien die Türöffner. Hier müsse trotz der finanziellen Situation für die Kontrollen zusätzliches Personal eingestellt werden. Einzelne Vermietungsbetriebe würden zertifiziert. Wer sich nicht beteilige, dürfe nicht öffnen. Das Konzept soll nach Ostern fertig sein. Man hoffe, dass zum 01. Mai ein Testcenter stehe.

Allgemeiner Vertreter Heimes teilt in diesem Zusammenhang mit, dass nächste Woche auf Langeoog über die Apotheke im Beiboot ein Testcenter öffnet. Ferner erfolgen einmal wöchentlich Testungen des DRK im Haus der Insel.

Bürgermeisterin Horn äußert, dass die Kapazitäten der Testzentren abzuwarten seien. Es sollen möglichst wenig Testungen an den Fähren erfolgen. Klare Ansage werde sein, dass der Gast bereits mit aktuellem Testergebnis anreisen müsse. Der Prozess müsse digitalisiert werden. Man hoffe auf eine „inzidenzunabhängige“ Öffnung. Sobald weitere Ergebnisse vorliegen, sollen diese veröffentlicht werden.

Ratsvorsitzender Adelmund und die Bürgermeisterin halten es für richtig entgegen der Geschäftsordnung zu diesem Thema bereits jetzt Einwohnerfragen zuzulassen.

Ratsherr Voß begrüßt eine touristische Öffnung. Man benötige jetzt einen Zeitplan um schnellstmöglich zu öffnen. Eine Öffnung erst nach Pfingsten sehe er wirtschaftlich als kritisch.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die geplante Öffnung am 01. Mai. Schneller sei es aufgrund der Absprachen zwischen den Inseln nicht möglich.

Ratsherr Kuper weist auf die zwei genannten Testmöglichkeiten auf Langeoog hin. Er rechnet die Gästeanzahl zur Hauptreisezeit vor. Die Bewältigung sei eine Mammutaufgabe.

Bürgermeisterin Horn verweist auf mögliche Selbsttests. Man müsse sehen, was realistisch sei.

Allgemeiner Vertreter Heimes ergänzt die Antwort, dass Gespräche mit Betreibern von Testzentren geführt werden. Räume und zusätzliches Personal müssten bedacht werden.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass die Anzahl der Gäste angepasst werden müsse, wenn eine Grenze der Testmöglichkeiten vorgegeben sei.

Ratsvorsitzender Adelmund äußert seine Bedenken, ob ausreichend Tests zur Verfügung stehen werden.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass derzeit 15.000.000 Tests in Deutschland zur Verfügung stünden. Minister Olaf Lies wird dies zum Thema bei der Bundesregierung machen.

Herr Zörner möchte wissen, ob alle Anreisenden getestet werden.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass ein Testpflicht für alle Arbeitgeber kommen wird. Dort liege dann die Verantwortung. Ohne Test komme auch kein Handwerker auf die Insel.

Herr Zörner fragt, ob täglich oder regelmäßig ein Test für die Pendler erforderlich sei. Außerdem möchte er wissen, wie mit Insulanern verfahren wird, die aufs Festland fahren.

Laut Bürgermeisterin Horn sei man dabei zu prüfen, was rechtlich möglich sei. Insulaner würden nicht ausgenommen. Dies werde gesetzlich geregelt.

Herr Zörner äußert, dass die Pilotregion ein Gewinn sein könnte. Wichtig sei ihm, mit Nachdruck zu verfolgen, dass keine Lücken entstehen.

Frau Westerkamp möchte den Testrhythmus für Gäste wissen, die zwei oder drei Wochen auf der Insel bleiben bzw. wie mit geimpften Gästen umgegangen werde.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die beteiligten Mediziner und Virologen, die vorgeben werden, wie die Testung ablaufen müsse. Für die Tests gebe es derzeit keine Ausnahmen.

Frau Krüger ist Leitung im Haus Meedland und fragt, ob es angedacht sei, dass große Gästehäuser interne Testungen vornehmen können um die Testzentren zu entlasten.

Bürgermeisterin Horn sieht eine Verlagerung auf die Betriebe als möglich an.

Herr Gerrit Agena fragt, wann die Strategie veröffentlicht wird.

Bürgermeisterin Horn verweist auf einen späteren Zeitpunkt. Das Konzept müsse erst der Landesregierung vorgelegt werden.

Frau Frech möchte wissen, wo man sich melden muss, wenn man im Testcenter arbeiten möchte und ob mit dem Pilotprojekt die Öffnung der Schule nicht mehr eingeschränkt sein werde.

Bürgermeisterin Horn bittet sich an die Betreiber der Testzentren zu wenden (Apotheke und DRK Wittmund). Sie gehe davon aus, dass auch der normale Schulbetrieb erfolgen könne, wenn Tourismus stattfindet.

Allgemeiner Vertreter Heimes berichtet über ein Gespräch mit dem Landkreis bezüglich der Kita Öffnung. Am Wochenende sei die Inzidenz im Landkreis Wittmund über 100 gestiegen. Es habe daher für die Kita die Gefahr einer erneuten Notbetreuung bestanden. Sollte die Zahl erneut über 100 steigen, auf der Insel aber weiterhin kein Coronafall vorhanden seien, wolle man für die Kita eine Sonderregelung beantragen. Dies könne nur über den Landkreis oder die Landesregierung bestimmt werden. Ähnlich erfolgten Diskussionen für die Inselfschule.

Herr Gerjets möchte wissen, wann in Benseniel die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, wenn in vier Wochen Gäste auf die Insel kommen sollen.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass man im Gespräch mit dem DRK sei. Das Hafengelände gehöre NPorts. Man müsse klären, was möglich ist.

Herr Zörner teilt mit, dass die Kliniken auf der Insel selbst testen.

Die Frage von Ratsvorsitzenden Adelmund, ob es in den Kliniken Fachpersonal für die Tests gebe, bejaht Herr Zörner.

Zu Punkt 8: Kapazitätsgrenzen Fahrgastbeförderung **(s. Vorlage Nr. VO21-063)**

Ratsvorsitzender Adelmund weist darauf hin, dass es sich um die Begrenzung der Tagesgäste handle.

Bürgermeisterin Horn äußert, dass es fraglich sei, inwieweit eine Begrenzung erfolgen könne, da die Schifffahrt ÖPNV (öffentlicher Nahverkehr) sei. Es dürfe kein Betretungs- oder Beförderungsverbot ausgesprochen werden. Die vom Rat vorgeschlagene Begrenzung auf 50 Tagesgäste halte die Verwaltung für zu gering. Ab dem 01.04. sei die Zulassung bei 500 Fahrgästen (freiwillig Begrenzung). Die Verwaltung schlage daher eine Zahl von 200 Tagesgästen vor.

Ratsherr Kuper verweist auf die Schließung der Strände für Tagesgäste in Cuxhaven und fragt, warum Langeoog nicht auch Tagesgäste verbieten dürfe. Die Gefahr vor der Öffnungsstrategie einen Coronafall zu haben sei zu groß.

Ratsvorsitzender Adelmund verweist auf eine Allgemeinverfügung für Cuxhaven.

Bürgermeisterin Horn verweist nochmals auf die Beförderung nach ÖPNV. Die Schifffahrt dürfe sich nicht auf die Pandemieverordnung berufen. Dies dürfe nur das Land Niedersachsen oder der jeweilige Landkreis.

Ratsherr Kuper gibt zu Protokoll, dass er ein Betretungsverbot für Tagesgäste auf Langeoog meine.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass der Hafen im Besitz von NPorts sei.

Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass für Cuxhaven eine Allgemeinverfügung über den Landkreis Cuxhaven erfolgt sei.

Ratsherr Kuper bittet mit dem Landkreis Wittmund zu sprechen.

Ratsherr Piekarski bringt vor, dass der Landrat keine Begrenzung aussprechen wolle. Er weist darauf hin, dass zurzeit keine touristische Infrastruktur angeboten wird und die Sicherheit Priorität habe. Er schlage die Begrenzung auf 100 Tagesgäste vor.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die fiskalische Auswirkung und die Umwegrentabilität durch die Tagesgäste. Die Verwaltung sehe die Zahl 200 als vertretbar.

Kämmerin Baller ergänzt die Ausführung und weist auf die finanziellen Ausfälle bei der Schifffahrt hin.

Ratsherr Kuper äußert, dass er die Verquickung von Reederei und Gemeinde schon immer kritisch sehe. Das Pilotprojekt dürfe nicht gefährdet werden.

Ratsvorsitzender Adelmund schlägt für die Ostertage einen Kompromiss vor, weil die Handwerker für die Zeit wegfallen und dafür 200 Tagesgäste Kapazität in Anspruch genommen werden könne.

Ratsherr Voß sieht keine Berührungspunkte mit den Tagesgästen, da nichts geöffnet habe.

Ratsherr Adelmund äußert seinen Ärger über die Politik. Zum einen werde aufgerufen Zuhause zu bleiben, zum anderen aber kein Verbot für Tagestourismus ausgesprochen. Außerdem merkt er an, dass die Abfahrtszeiten für Tagesgäste gut gelegt seien. Die Abfahrtszeiten von der Insel dagegen würde keinen Tagesausflug zu den Feiertagen zulassen. Er sei angesprochen worden, dass seitens der Insulaner der Wunsch bestehe ein früheres Schiff einzusetzen.

Allgemeiner Vertreter Heimes sieht keinen Unterschied, ob Insulaner aufs Festland fahren, oder Tagesgäste auf die Insel kommen.

Ratsherr Piekarski erklärt, dass er bei einem Wegfall der Tagespendler den Gedanken mitgehen würde die Zahl der Tagesgäste bei 200 stehen zu lassen.

Ratsherr Bents schließt sich dem Vorschlag an.

Ratsherr Voß würde die Zahl noch höher setzen.

Ratsherr Kuper würde die Zahl der Tagesgäste so gering wie möglich halten wollen.

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die Fallzahlen und die geplante Öffnungsstrategie. Er sehe den Tagestourismus skeptisch. Nach der letzten Ratssitzung habe sich der Rat in einem nichtöffentlichen Gespräch auf die Zahl von 50 Tagesgästen geeinigt. Die Fallzahlen steigen und das Reisen soll möglichst unterlassen werden und hier unterhalte man sich über Tagesgäste. Als Kompromiss würde er eine Tagesgastzahl von 100 vorschlagen.

Der Rat spricht sich einmütig dafür aus die Tagesgastzahl aus Kapazitätsgründen auf 100 Tagesgäste zu begrenzen. Die Beschlussfassung erfolgt über eine Eilentscheidung.

Zu Punkt 9: Ergebnis Rechtsberatung der Varianten Mehrheitsgruppe zum geplanten Interessenbekundungsverfahren (s. Vorlage VO21-060a)

Ratsvorsitzender Adelmund erläutert, dass es sich um eine Konkretisierung des in der Ratssitzung am 25.03.2021 gefassten Beschlusses handle. Das Wort „vorbehaltlich“ müsse gestrichen werden. Er verliest den neuen Beschlussvorschlag. Der Beschluss müsse per Eilentscheidung gefasst werden.

Ratsherr Voß äußert erneut sein Unverständnis für die Vorgehensweise. Ein zweites Gutachten halte er für schizophran. Die Verwaltung habe inzwischen vier Stellungnahmen vorgelegt.

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die Diskussion in der letzten Ratssitzung. Es gehe um die rechtliche Prüfung der vom Rat vorgeschlagenen Variante zur Belegung des Kurviertels. Der Anwalt der Mehrheitsgruppe habe mitgeteilt, dass die Verwaltung mit der Bebauung der Dachflächen mehr Möglichkeiten der Vermarktung habe. Wenn der Ratsbeschluss nicht umgesetzt werde, müsse man für ein Interessenbekundungsverfahren zu einem Konsens kommen.

Bürgermeisterin Horn verweist auf das Ministerium als höchsten Dienstherrn für die Verwaltung. Von dort werde eine Bebauung mit anschließendem Verkauf der Dachflächen untersagt. Die beauftragte Fachanwältin habe die Aussage bestätigt. Wenn den Ratsmitgliedern von einem Fachanwalt eine andere Aussage vorliege, frage sie sich, warum diese der Verwaltung nicht vorgelegt werde. Es würde Zeit verzögert und die Gemeinde verliere Geld.

Stv. Bürgermeister Janssen verliert den Beschluss vom 26.01.2021 zur rechtlichen Prüfung. Der Beschluss sei seines Erachtens von der Verwaltung nicht ausgeführt worden. Man benötige eine Expertise. Vielleicht gebe es eine Gesetzeslücke und man könne wie auf Norderney agieren. Die Aussage der möglichen Bebauung und anschließenden Verkauf komme von einem renommierten Fachanwalt.

Bürgermeisterin Horn stellt richtig, dass der Beschluss vom 26.01.2021 ausgeführt und erfüllt sei. Sie erläutert, was die Verwaltung dürfe. Annexstätigkeit im Wohnungsbau sei nur bei kommunalem Mietwohnungsbau erlaubt. Sie macht deutlich, dass sie es nicht für angebracht halte die eingeholte Expertise der Fachkanzlei anzuzweifeln.

Stv. Bürgermeister Janssen erklärt, dass er die Expertise der Rechtsanwältin nie angezweifelt habe. Man wolle von anderer Seite beleuchten, ob es eine Gesetzeslücke gebe. Die Gemeinde Langeoog sei in finanzieller Notlage.

Bürgermeisterin Horn fragt, welche Fragen offen seien. Diese Frage wird nicht beantwortet. Auch die nächste Kanzlei müsse aus dem Kommunalrecht sein. Es könnten nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. Es würden eins zu eins die gleichen Fragen vorgelegt.

Die Beschlussfassung erfolgt über eine Eilentscheidung.

Zu Punkt 10: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

- a. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass ab der kommenden Woche die Hausärzte Impfungen vornehmen.
- b. Bürgermeisterin Horn berichtet, dass die Erweiterung der Terrassengeschäfte wie im Vorjahr erfolgen soll. Anträge seien an das Ordnungsamt zu stellen

Allgemeiner Vertreter Heimes ergänzt die Mitteilung, dass die Erweiterung nur im Rahmen der Freigabe der Flächen gemäß Festlegungen aus 2020 erfolge. Die Sondernutzungsflächen beziehen sich auf den Bereich der Betriebe.

- c. Bürgermeisterin Horn verweist auf das Fahrradverbot in der Fußgängerzone. Zum Fahrradverbot gebe es unterschiedliche Ansichten. Es seien Gespräche mit Betrieben geführt worden.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass es darum gehe, ob der Zeitraum von Ostern bis zu den Herbstferien der richtige sei oder ob Anpassungen erfolgen sollten. Es müssten zudem für ansässige Betriebe Lösungen gefunden werden, z. B. für den Transport von Drank.

- d. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass ab der kommenden Woche ein zweites Testcenter auf der Insel öffnet.
- e. Bürgermeisterin Horn berichtet, dass am Karfreitag und Samstag Kontrollen durch das Ordnungsamt des Landkreises erfolgen werden. Es gehe um die Einhaltung der Corona-Verordnung und die Untersagung von touristischen Übernachtungen. Sie erläutert die Vorgaben für Zweitwohnungsbesitzer. Seitens der Verwaltung würden die Kontrollen begleitet.

Zu Punkt 11: Anträge und Anfragen

- 1. Ratsherr Piekarski bringt vor, dass für Betriebe die Corona-Überbrückungshilfe III ange laufen sei. In die Summe einfließen würde auch die Zahlung des Tourismusbeitrages. Er fragt, wann die Bescheide für 2021 verschickt werden.

Kämmerin Baller antwortet, dass die Veranlagung für den Tourismusbeitrages für Mai vorgesehen sei.

Zu Punkt 12: Einwohnerfragestunde

Ute Krüger

Frau Krüger fragt, wie der Tagestourismus nach den Ostertagen geregelt werde.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass auch nach Ostern seitens des Landes Niedersachsen kein Tagestourismus verboten werde. Es sei heute speziell um eine Lösung über die Feiertage gegangen. Nach Ostern kommen wieder die Pendler hinzu, die das Kontingent füllen.

Ute Krüger

Frau Krüger verweist auf die angekündigten Kontrollen über die Ostertage und empfiehlt die Veröffentlichung, dass Verwandte und Zweitwohnungsbesitzer ihre Bescheinigungen mit sich führen sollten.

Christopher Zörner

Herr Zörner weist auf die Beförderungsbedingungen für die Schifffahrt hin. Diese sollten bezüglich der Tests angepasst werden. Es sollte eine klare Linie vorgegeben werden.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass dies geprüft wurde. Die Reederei sei aber nicht befugt eine Beförderung zu untersagen. Dies ginge nur über eine Allgemeinverfügung des Landkreises Wittmund.

Dieter Gerjets

Herr Gerjets stellt die Frage, wann die Verpachtung des Flughafencafés erfolge.

Ratsvorsitzender Adelmund erklärt, dass es seitens des Rates einen Antrag auf gemeinsame Ausschreibung des Cafés und des Flugplatzes gebe. Die Verwaltung schaffe die Bearbeitung derzeit wegen anderer Projekte aber nicht.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass im Oktober eine Ausschreibung des Restaurantbetriebes erfolgt sei. Mit dem Rat hätten Gespräche und Begehungen stattgefunden. Anschließend habe der Rat eine gemeinsame Ausschreibung von Flugplatz und Café beantragt. Die Kosten für den Flugplatz seien dem Rat vorgelegt worden. Bereits 2016 wurde ein Büro beauftragt die Ausschreibung des Flugplatzes zu prüfen. Darin sei festgestellt worden, dass eine Ausschreibung für defizitäre Betriebe nicht möglich sei. Eine Ausschreibung mit Café wäre daher unseriös.

Ratsherr Piekarski bedankt sich für die Erklärung. Der Antrag würde inzwischen zwei Monate vorliegen und es sei keine schriftliche Beantwortung erfolgt. Er höre diese Antwort zum ersten Mal.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die Antwort des damaligen Bürgermeisters aus 2016.

Uwe Garrels

Herr Garrels verweist auf die letzte Ratssitzung und fragt, ob der Beschlussvorschlag zum Ergebnis der Rechtsberatung geändert wurde.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist darauf, dass es sich um denselben Beschlussvorschlag handle. Es sei lediglich eine Klarstellung zu Punkt 1 erfolgt.

Uwe Garrels

Herr Garrels fragt nach der Veröffentlichung der Gemeinde, wonach öffentliche Gerichtsprozesse erläutert werden sollten.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass alles, was öffentlich kommuniziert und besprochen wurde auch öffentlich behandelt werden könne. Dabei ginge es nicht um eine persönliche Haltung, sondern um Fragen aus der Bevölkerung, z. B. zur Erläuterung von Sachverhalten oder die Frage, wer Kläger war.

Dieter Gerjets

Herr Gerjets bittet Rat und Verwaltung der Wirtschaftlichkeitsberechnung als letzte Hürde zuzustimmen, damit der Vorgang endlich ein Ende habe.

Zu Punkt 13: Schließung der Sitzung

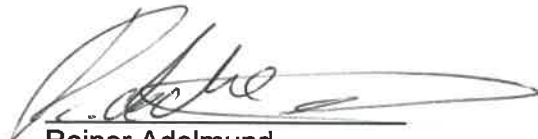
Ende: 20.00 Uhr



Heike Horn
Bürgermeisterin



Katja Heimes
Protokollführerin



Rainer Adelmund
Ratsvorsitzender